

Merkels Sparpaket

Soziale Schieflage wird verschärft!

Das Sparpaket der Regierung ist völlig inakzeptabel. Natürlich müssen wir sparen – darüber muss nicht diskutiert werden. Die staatlichen Hilfen für den verantwortungslos handelnden Finanzsektor haben die Staatsfinanzen in eine erhebliche Schieflage gebracht.

Jetzt aber gerade bei den Schwächsten der Gesellschaft den Rotstift anzusetzen, ist blanker Hohn. Familien, Kinder und Arbeitslose sollen jetzt die Suppe auslöffeln, die uns Spekulanten und Finanzhasardeure eingebrockt haben. Große Vermögen und Einkommen werden hingegen mit Samthandschuhen angefasst und geschont. Das kann nicht sein. Dazu kommt, dass viele Maßnahmen im Sparpaket reine Luftbuchungen sind. Ob Stellenabbau bei der Bundeswehr, höhere Steuern beim Luftverkehr oder Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken – die Realisierbarkeit dieser Dinge ist mehr als ungewiss. Außerdem werden diese Mehrkosten der Unternehmen direkt an die Kunden weitergegeben - sind also versteckte Kostensteigerungen für Otto-Normalverbraucher.

Wir brauchen faire Kürzungen auf Seiten der staatlichen Ausgaben. Daneben müssen Banken, Vermögende und Spitzenver-

diener aber auch durch spürbar höhere Steuern an der Bewältigung der Krise beteiligt werden. Das ist allerdings erst die halbe Miete. Wir brauchen dringend kluge staatliche Investitionen anstatt mit heißer Nadel gestrickte Einsparungen. Investitionen in Beschäftigung und in die Binnenkonjunktur bringen Steuermehreinnahmen und Entlastung für die Sozialkassen. Damit kann der Haushalt nachhaltig und sozial gerecht saniert werden. Dafür stehen wir Sozialdemokraten ein. Wir werden uns zusammen mit Gewerkschaften und Sozialverbänden dem Sparpaket der schwarz-gelben Regierung entgegenstellen. Der soziale Frieden und der gesellschaftliche Zusammenhalt in unserem Land sind in

Liebe Freundinnen und Freunde, diese Sitzungswoche war geprägt von den Diskussionen im Bereich Arbeit und Soziales. Bei der Jobcenter-Reform konnten wir Sozialdemokraten Arbeitsplätze bei der Bundesagentur für Arbeit und gute Vermittlungsbedingungen für Arbeitslose sichern. Jetzt sind wir dabei, den Widerstand gegen das sozial gefährliche Sparpaket der Regierung zu organisieren. Wir bleiben dran!
Euer,



Achim Barchmann

USA-Stipendium

Der Deutsche Bundestag vergibt im Rahmen seines Patenschaftsprogramms mit dem Kongress der Vereinigten Staaten von Amerika (PPP) Stipendien für ein Austauschjahr. Ich lade alle jungen, interessierten Menschen aus der Region ein, sich bis spätestens 3. September 2010 zu bewerben. Es ist eine tolle Möglichkeit, die Lebensart in den USA kennenzulernen und seine interkulturellen Kenntnisse zu verbessern. Das Angebot richtet sich nicht nur an Schülerinnen und Schüler, sondern auch an junge Berufstätige mit abgeschlossener Berufsausbildung. Die Schülerinnen und Schüler werden in den Vereinigten Staaten die High School besuchen. Die jungen Berufstätigen gehen auf das Collage und absolvieren anschließend ein Praktikum in einem amerikanischen Betrieb. Das PPP-Stipendium umfasst die Reise- und Programmkosten sowie die notwendigen Versicherungskosten. Die StipendiatInnen leben in amerikanischen Gastfamilien. Das Angebot richtet sich an Schülerinnen und Schüler, die zum Zeitpunkt der Reise am 31.07.2011 mindestens 15 und höchstens 17 Jahre alt sein werden. Berufstätige dürfen zu diesem Zeitpunkt höchstens 24 Jahre alt sein. Die Bewerbungskarten sind ab sofort erhältlich in meinem Wahlkreisbüro, Schillerstraße 6-8 in 38440 Wolfsburg, Telefon: 05361-8678400 oder unter: heinz-joachim.barchmann@wk.bundestag.de.

Termine - Hier können Sie mich treffen:

- | | |
|--------------------|--|
| 21. Juni 10 Uhr | Schützenfrühstück, Schützenverein Danndorf 1848 e.V.
Gartenstraße 4 in 38461 Danndorf |
| 25. Juni 10-12 Uhr | Bürgersprechstunde Königslutter mit BM Ottomar Lippelt
Rathaus, Am Markt 1 in Königslutter am Elm |
| 27. Juni 11 Uhr | 2. Wolfsburger Bürgerfrühstück zwischen Rathaus- und
Hollerplatz |

Krankenhaus bleibt öffentlich!

Ich begrüße ausdrücklich die Entscheidung der Helmstedter Kreistages, das Kreiskrankenhaus an einen öffentlichen Träger verkaufen zu wollen. Die gesundheitliche Versorgung der Bevölkerung wäre damit gut abgesichert. Nun hoffe ich, dass Landrat Kilian den Verkaufsstopp aufhebt und die Entscheidung des Kreistages umgesetzt wird. Der Krankenhausverkauf



Achim Barchmann, MdB mit den ver.di-Vertrauensleuten und Corinna Jahr (rechts) und Ina Germer-Wemjes.

war auch ein Thema, das ich während der Betriebs- und Personalrätekonferenz der SPD-Bundestagsfraktion mit Corinna Jahr und Ina Germer-Wemjes besprochen habe. Die beiden ver.di-Vertrauensleute schilderten Ihre Sicht der aktuellen Situation im Landkreis Helmstedt. Ich bin froh, dass der Trend zur Privatisierung in unserer Region gestoppt werden konnte.